



Rechtsextremismus



Seite 4

Friedhofsruhe?



Seite 5

Landesparteitag



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Wald vor lauter Bäumen



Die letzte Bezirksverordnetenversammlung (BVV) begann mit einer klaren Botschaft. Bis auf den Bezirksverordneten der REP's verurteilten alle die Schändung des Jüdischen Friedhofes in Weißensee.

In der anschließenden Bürgerfragestunde antwortete das Bezirksamt u.a. zum Schicksal des ehemaligen Kaiser's-Supermarktes in der Hanns-Eisler-Straße/Kniprodestraße und zur Wiedereröffnung der Bibliothek in der Esmachstraße, die in rund vier Wochen mit ehrenamtlich Tätigen wieder aufmacht.

Umfassend beschäftigte sich die BVV mit der Pankower Baumsituation. Alle sind sich einig, dass Bäume für das Klima und als Wohlfühlspender in der Stadt wichtig sind. Nach Meinung der Grünen tut der Bezirk jedoch zu wenig für deren Erhalt. Bürgermeister Köhne (SPD) wies die Anschuldigungen zurück. Kein Baum wurde im öffentlichen Straßenland ohne Grund und Begutachtung gefällt. Nur im letzten Jahr sind 22 der rund 800 Traubenkirschen trotz regelmäßiger Kontrolle umgefallen.

Nach Bürgerprotesten wurden geplante Fällungen von Traubenkirschen im Prenzlauer Berg ausgesetzt. Ein Gutachten ergab, dass dort von den 161 untersuchten Bäumen 60 umsturzgefährdet sind und daher gefällt werden müssen. Das



Ergebnis des Gutachtens wird von den Bürgerinitiativen, die auch Rederecht in der BVV erhielten, nicht akzeptiert. Der Umweltausschuss der BVV setzte sich zuvor mit deren Gegengutachten auseinander. Jedenfalls wird im Herbst mit rund 200 Nachpflanzungen im Bezirk begonnen.

Neben der Diskussion zur Baumsituation fasste die BVV zahlreiche Beschlüsse:

Für die Grundstücke Straßburger Straße 14/Saarbrücker Straße 8, 9 wurde ein Bebauungsplan zur Errichtung eines öffentlichen Kinderspielplatzes beschlossen.

Dem Beschlussvorschlag des Bezirksamtes zur Zusammenlegung der Karl-Friedrich-Schinkel- mit der Archimedes-Oberschule wurde zugestimmt.

Die BVV setzt sich für die Gestaltung des „Platzes des 9. Novem-

ber 1989“ auf dem Finnländischen Grund in der Nähe der Bösebrücke am S-Bahnhof Bornholmer Straße ein.

Eine knappe Mehrheit der BVV ist zudem für die Errichtung eines Stadtplatzes in der Sonnenburger Straße vor dem Übergang zur Dänenstraße.

Dem Antrag der Linksfraktion und der SPD zur Beteiligung an der bundesweiten Initiative für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wurde ebenfalls zugestimmt.

Da die Tagesordnung aus Zeitnot nicht abgearbeitet werden konnte, gibt es eine Fortsetzung am 28. Mai. Vor der Fortsetzung am 28. Mai findet die jährliche Senioren-BVV statt.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter

Weniger Arbeitslose, aber mehr prekäre Arbeit



Das Bezirksamt Pankow stellte in mehreren Berichten fest, dass „der Bestand an Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat weiterhin gesenkt werden konnte.“

Hat der wirtschaftliche Aufschwung endlich auch Pankow erreicht?

Was jedoch vollkommen ausgeblendet wird, ist die Anzahl der Menschen, die in prekären Arbeitsverhältnissen, wie Minijobs, Leiharbeit und in Jobs mit Niedriglöhnen arbeiten.

Die Sozialsenatorin Dr. Heidi Knaake-Werner (DIE LINKE.) informierte jüngst darüber, dass es in ganz Berlin 87.000 so genannter „Aufstocker“ gibt. Das sind Beschäftigte, die zusätzlich zu ihrem Lohn ergänzendes Arbeitslosengeld II

erhalten, weil ihr Einkommen nicht existenzsichernd ist. Damit subventioniert der Staat Niedriglöhne und geringfügige Beschäftigung.

Die formal sinkende Zahl Arbeitsloser schlägt sich nun auch in geringerer Auslastung und Besetzung von Stellen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), mit Mehraufwandsentschädigung (MAE, sog. Ein-Euro-Jobs) und im neu geschaffenen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) nieder. Das JobCenter Pankow teilte mit, dass nicht mehr ausreichend geeignete Arbeitslose vermittelt werden können. Das hat zur Folge, dass mehrere Millionen Euro für diese Förderinstrumente entweder nicht zum Einsatz kommen oder kurz

vor Jahresende in Ein-Euro-Jobs umgewandelt werden. Auch die geplanten 500 neuen Stellen im ÖBS werden nur in geringem Umfang eingerichtet.

Die Linken im Ausschuss für Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung halten nichts von schönen Zahlen. Sie betrachten die gesellschaftliche Wirklichkeit. Trotz sinkender Zahl arbeitslos gemeldeter Menschen im Bezirk, sollten die noch immer 33.550 Erwerbslosen einen fairen Zugang zu Arbeitsmarktmaßnahmen und sinnvoller Beschäftigung haben. Wir setzen uns dafür ein, dass sich für sie die Abwärtsspirale nicht weiter fortsetzt.

Eveline Lämmer
Bezirksverordnete

Das Interview

Eine andere Welt ist möglich

extraDrei sprach mit der Slawistin Regina Delorme (73 Jahre) und der Ökonomin Dr. Gertraud Zahn (72 Jahre) über Brüche und Kontinuitäten in einem linken Leben.

Was treibt Euch bei Wind und Wetter an den Stand der Pankower Linken vor dem Rathauscenter?

TRAUDL: Ich habe mich ein ganzes Leben für die Tradition des Sozialismus verantwortlich gefühlt. Nach der Wende muss es Wirklichkeit werden, viele Bewohner zu erreichen.

REGINA: Nach der Wende musste ich mich überwinden, dazu zu stehen, was hinter uns lag. Aber jetzt bringt es wieder Spaß: Ich kann wieder ärgern! Auf eine Weise habe ich in den letzten 18 Jahren mehr gelernt als in den 40 Jahren zuvor. Ich kann viel selbständiger arbeiten. Es bringt mir Spaß, gleichberechtigt mit Anderen zu diskutieren und zu überzeugen. Dann bekomme ich selbst auch andere Sichten.

TRAUDL: Ich versorge Einzelne mit Wissen und Information, bekomme dafür die Meinung der Bevölkerung. Eine Ablehnung erfahre ich kaum.

REGINA: Nein, früher war es schlimmer. Aber wirkliche Schicksale aus der DDR gehen einem sehr nah und man schämt sich. Ich bin nachdenklich geworden und habe gelernt, zu akzeptieren.

TRAUDL: Ja, das ist ganz wichtig. Manchmal wollen Menschen erzählen. Dann höre ich nur zu.

Wie begann Euer politisches Leben?

REGINA: Meine Mutter war bei der Sozialistischen Arbeiterjugend und meine Großeltern in der SPD. Ich kann mich daran erinnern, als ich aus der Schule nach Hause kam und lautstark gegen die SPD wetterte – Du weist schon: Wer hat uns verraten und so – da stand mein Großvater wortlos auf und gab mir eine Ohrfeige: „Ich lass mir von dir dummen Göre nicht das Leben vorhalten!“ Das hat mich zum Nachdenken gebracht. Ich habe dann von 1953 bis 1958 in Moskau Slawistik studiert, wo ich an das Referat von Nikita Chruschtschow rankam.

TRAUDL: Ja, das Papier war in der DDR nur im Parteiapparat bekannt. Uns wurde gesagt, es sei nur für uns

persönlich. Meine Mutter war in der Kommunistischen Jugend und mein Vater in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Da gab es manchmal heftige Diskussionen. Die Erzählung meiner Mutter, dass Ernst Thälmann in Buchenwald erschossen wurde, hat mich beeindruckt – wie jemand für seine Überzeugung so gerade stehen kann. Ich fand die Welt aber auch ungerecht. Wir wohnten damals im Wedding. Die Auslagen in den Schaufenstern in der Müllerstraße waren voll, nur meine Eltern hatten wenig Geld. Das habe ich in meinem Aufsatz geschrieben. Ja, so fing es an.



Gertraud Zahn und Regina Delorme

Wie empfandet Ihr den Bruch 1989?

TRAUDL: Eigentlich kam der Bruch schon früher. 1964 wurde das „Neue ökonomische System“ in der DDR erarbeitet. Ich war damals im Außenhandel mit den nicht-sozialistischen Ländern beschäftigt und wir hatten uns bereits Gedanken gemacht, wie die Ökonomie verbessert werden kann, als alles gestoppt wurde. Mir war klar, was alles gegangen wäre.

REGINA: Ja, da kam Breshnew und alles wurde gestoppt. Ich arbeitete in der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Dort wurde mehr diskutiert als in der Parteihochschule. REGINA/TRAUDL: '89 war ein Schock. Das Schmerzhafteste war der Arbeitsplatzverlust.

REGINA: Ich kam mit 55 in den Vorruhestand. Das ganze Leben musste umgekrempelt werden – das war schon sehr hart.

TRAUDL: Ich kam bei einer Sparkasse unter, weil ich Erfahrungen mit dem Kreditwesen aus meiner Zeit im Außenhandel hatte.

REGINA: Am 4. September 1989 waren wir noch alle zusammen auf

dem Alex. Und danach? Es ist unfassbar.

TRAUDL: Wie der Westen so rüberschwappte, richtig widerlich war das.

REGINA: Einige Kontakte sind geblieben, andere sind neu.

Sind Euch Ideale verloren gegangen?

REGINA: Nein, mein Ideal war immer, dass „eine andere Welt ist möglich“ ist. Das bleibt heute genauso.

TRAUDL: Auch weil sich die Situation weiter verschlechtert.

REGINA: Die Pluralität ist ein großer Gewinn und dass man in der Partei nun seine Meinung sagen kann, ohne eins auf den Deckel zu bekommen, ist schon was. Ich frage manchen Genossen: „Hast Du nicht auch irgendwo einmal Zweifel gehabt?“

TRAUDL: (nickt)

Wäre die DDR reformierbar gewesen?

REGINA: Nein, 1989 war die DDR nicht mehr reformierbar. Dieser Sozialismus hatte einen Systemfehler, sonst wäre nicht der ganze Ostblock betroffen.

TRAUDL: Der Knick kam 1965/66. Ökonomische Kriterien, die eine Rolle spielen mussten, wuReginaen zu Gunsten der Ideologie zur Seite geschoben.

Welche Lehren sind zu ziehen?

TRAUDL: Eine Auswertung? – Das sehe ich nicht, denn die Bedingungen sind heute ganz andere. Wichtig ist: Pluralismus, die Einbeziehung der Wissenschaft und die Meinung der Bevölkerung.

REGINA: Und das wird immer schwerer. Da ist die Konzentration der Medien in herrschender Hand und da sind wir: Wenn wir uns doch einmal abgewöhnen könnten, darum zu kämpfen, wer Recht hat!

Ist DIE LINKE ein Zuhause?

TRAUDL: Ja, irgendwie ist die Partei ein Zuhause.

REGINA/TRAUDL: Im Kontakt zu den Jüngeren ist sie ein Zuhause.

Ist der erfahrene Kapitalismus wie die Theorie?

REGINA/TRAUDL: Viel schlimmer!

Wir bedanken uns.

Interview: Lena Tietgen

Vorsicht: Rechte im Pankower Nordosten

Fausthiebe und verschlossene Augen

Karow, Blankenburg und Buch empfinden wir als eine ruhige Gegend. Doch haben hier in den letzten Jahren verstärkt rechte Aktivitäten stattgefunden. Sie reichen von Stickern der NPD und der Vereinten Nationalisten Nordost über Pöbeleien bis hin zu Übergriffen.

Erst am 18. April wurde in Buch ein 22-jähriger Araber und dessen Frau von einem Neonazi mit Parolen wie „Ausländer raus“ und „Ich mach dich fertig!“ bedroht.

Wenige Tage zuvor wurde eine dunkelhäutige Frau von einem rechten Pärchen aus Buch in der S-Bahn nach Bernau bespuckt und als „Schlampe“ bezeichnet.

Der bekannteste Übergriff im vergangenen Jahr: Am 29. September wurden in Blankenburg an der Tankstelle am Karower Damm drei Griechen rassistisch beleidigt, brutal zusammengeschlagen und bestohlen. Die Präsenz rechtsmotivierter Taten ist nicht zu leugnen und wird mit Schmierereien wie „Volk steh auf! Volk erwache“ am 18. März 2008 am S-Bahnhof Blankenburg offen gezeigt.

Die Erklärungsmuster der Neonazis

sind einfach und passen gut zu Ressentiments, die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden sind. Der Mangel an Vermittlung weltoffener Gedanken im sozialen Umfeld von Jugendlichen, soziale Desillusionierung und den Abbau sozialer Angebote in unserer Gegend sehen wir als Teile des Problems. Gewalt



Dorfanger Blankenburg

gegen die vermeintlich Schuldigen an der eigenen sozialen Lage wird somit zu einer adäquaten Freizeitgestaltung.

Wir denken nicht, dass mehr Jugendclubs das Problem Rechtsextremismus lösen würden. Wer rechts denken will, will nun mal rechts denken, der Abbau sozialer Angebote trägt jedoch viel dazu bei. An

eben jene Bedingungen versuchen Neonazis anzuknüpfen, Frustration zu kanalisieren und Feindbilder zu schaffen.

Dass dies bis hin zu Mord reichen kann, zeigte der bislang schlimmste Fall rechter Gewalt in Buch – die Ermordung Dieter Eichs.

Am 25. Mai 2000 dringen vier Faschisten im Alter von 17 bis 21 Jahren in die Wohnung des Sozialhilfeempfängers ein, schlagen und treten auf ihn ein. Schließlich ersticht René R. Dieter Eich. Später gab einer der Angreifer als Grund für die Tat die Lust auf „Assis klatschen“ an.

Vor rechten Aktivitäten in Blankenburg, Karow und Buch dürfen wir die Augen nicht verschließen. Auch wenn Nord-Ost-Pankow nicht rechts dominiert ist, so können Rechtsradikale zu einem ernstem Problem werden.

Aus diesem Grund rufen wir am 25. Mai um 14 Uhr vom S-Bahnhof Buch zu einer Demonstration zum Gedenken an Dieter Eich auf.

Andreas Klar

Initiative „Engagiert in Pankow“
www.e-i-p.de.vu

Gentechnikfreies Pankow

Der Bezirk Pankow hat sich am 16. April auf Antrag der Linksfraktion durch mehrheitlichen Beschluss der BVV zur gentechnikfreien Region erklärt.



Rapsfeld bei Karow

Obwohl auch in den Neuen Bundesländern 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung die Agro-Gentechnik ablehnt, befinden sich hier die größten Anbaugelände für gentechnisch veränderte Pflanzen.

Nach unserer Einschätzung liegt das auch daran, dass im Vergleich zu Süd- und Westdeutschland hier der Widerstand dagegen vor allem bei der Kommunalpolitik eher verhalten ist.

Es mag für einen Großstadtbezirk ungewöhnlich erscheinen, aber mit gut 2.000 Hektar Landwirtschaftsfläche, wovon die Hälfte in öffentlichem Besitz ist, verfügt Pankow direkt über ein Viertel der Landwirtschaftsflächen im Land Berlin. Der Bezirk Pankow muss darum insbesondere gegenüber den umliegenden Brandenburger Landkreisen ein Zeichen setzen, dass seine Bürgerschaft die sogenannte Grüne Gentechnik als Risikotechnologie ablehnt.

Ihren Folgen sind weder für die menschliche Ernährung und damit Gesundheit noch für die natürlichen Stoffkreisläufe ausreichend

untersucht oder auch nur abschätzbar. Klar ist nur, dass die traditionelle Landwirtschaft mit dieser Technologie in die unmittelbare ökonomische Abhängigkeit weniger Saatgutproduzenten gebracht werden soll.

Mit ihrem Beschluss reiht sich die Pankower BVV bei all jenen ein, die das genauso sehen. Obwohl die BVV nur vollzieht, was das Abgeordnetenhaus bereits vor drei Jahren beschlossen hat, ist Pankow doch auf Initiative der Linken der erste Bezirk, der das tut, und dessen BVV die seither anhaltende Gleichgültigkeit der Bezirksämter, in deren Verantwortung sich landwirtschaftliche Flächen befinden, durchbricht. Vielleicht stößt das ja auch in anderen Bezirken Berlins ein Umdenken an.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Aus dem Bezirk

Friedhof bleibt Friedhof

Rund um die Heinrich-Roller-Straße und Prenzlauer Allee hängen Transparente an den Hauswänden. Sie wenden sich gegen die Bebauung des dortigen evangelischen Friedhofes mit Wohnhäusern.

Auch eine Bürgerinitiative hatte sich hierzu im vergangenen Jahr gebildet. Zu diesem Zeitpunkt wurde bekannt, dass die klamme Gemeinde des Friedhofes St. Nikolai und St. Marien II vorhat, rund 6.500 Quadratmeter Friedhofsfläche entlang der Heinrich-Roller-Straße zu

Baulandpreisen zu verkaufen.

Im Juni 2007 haben die Bezirksverordneten von Pankow in Abstimmung mit den protestierenden Bürgern sofort das Bezirksamt beauftragt, alles zu unternehmen, diese Bebauung zu verhindern.

Zwar wird auf dem Friedhof St. Nikolai und St. Marien schon lange nicht mehr bestattet. Aber seine Folgenutzung als öffentliche Grünfläche muss gesichert werden. Deshalb hat das Bezirksamt im Dezember 2007 beschlossen, einen

entsprechenden Bebauungsplan aufzustellen.

Eine Überbauung der Friedhofsflächen würde die städtebauliche Situation im angrenzenden Winzstraßen-Kiez weiter verschlechtern. Hier - in einem der dichtest besiedelten Quartiere der Stadt - fehlen für die Entwicklung gesunder Wohnverhältnisse Grünflächen und Spielplätze.

Daher muss das Biotop des Parkfriedhofes unbedingt erhalten werden, das mit seinem alten und dichten Gehölzbestand der Luftreinhaltung, aber vor allen Dingen als Ort des Rückzugs und der Erholung für die Bürger dient.

Selbst wenn Friedhofsflächen nicht mehr benötigt werden, meine ich, dass die Bebauung mit Wohnhäusern oder Gewerbebauten aus Gründen der Pietät völlig neben der Spur ist.

Ist der Bebauungsplan erst erarbeitet und beschlossen, dann ist er ein sehr wirksames Instrument zur Verhinderung der Verwertungsinteressen der evangelischen Gemeinde.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter



Friedhof Heinrich-Roller-Straße

Schule mit Baustellen

Seit dem letzten Jahr machte Pankow über die Berliner Grenzen mit einem Luxusproblem Schlagzeilen. Der „Babyboom im Prenzlauer Berg“ sorgt für „Drängelei am Schuleingang“.

Für diese „Problem ABC Schützen“ sucht der Bezirk eifrig nach Lösungen. Es wurde eigens eine Sondertagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einberufen und im Sommer soll ein Masterplan entwickelt werden.

Für den Masterplan sind nun - neben der in der Linksfraktion ungeliebten Einrichtung einer Grundschule im Kulturstandort Eliashof - neue Prüfaufträge an das Bezirksamt formuliert worden.

Doch, ob Schulneubau oder Umbau, das Problem der nötigen finanziellen Mittel bleibt. Dazu kommt, dass alle Gebäude, die für

eine Grundschule in Frage kämen, umfangreiche Umbauten erfordern und dafür keine Oberschulstandorte aufgegeben werden können.

Denn - im Unterschied zu Teilen der Verwaltung - vergessen wir nicht: Auch diese Grundschüler kommen irgendwann in die 7. Klasse und sorgen dann für die nächste „Drängelei am Schuleingang“.

Aus diesem Grund möchte die Linksfraktion die Schulentwicklungspläne für die Grund- und Oberschulen gemeinsam diskutieren.

Mit Sorge betrachtet die Linksfraktion die Schulentwicklung im Pankower Norden. Auch wenn Schließungspläne zur Platanengrundschule in Blankenfelde zunächst weg von der Tagesordnung sind, das Problem ist nicht gebannt.

Die Linksfraktion der BVV macht

sich im intensiven Austausch mit der Gesamtelternvertretung weiterhin für den Erhalt dieses Schulstandortes stark.

Die Instandsetzungsarbeiten in der Grundschule am Sandhaus in Buch entwickeln sich zur Dauerbelastung für Schüler und Unterrichtspersonal, da sich die Baumaßnahmen immer wieder hinauszögern. Sanierungsbedürftige bzw. fehlende Sporthallen und Grundschulen sowie ein absehbares Platzproblem an den weiterführenden Schulen - das sind die schulpolitischen Schlagzeilen über den Bezirk Pankow. Lösungen werden sich nicht ohne Kompromisse finden lassen. Interessierte Mitglieder und Sympathisantinnen sind eingeladen, in der AG Schule dabei mitzuhelfen.

Anja Stiedenroth
Bezirksverordnete

Landesparteitag und Maifest

Gute Arbeit in Berlin



In der Lichtenberger Max-Taut-Aula hat DIE LINKE. Berlin ihre erste diesjährige Tagung des Landesparteitags durchgeführt und dabei ein neues Kapitel begonnen: Standen im letzten Jahr zunächst die Wahlauswertung, der Start der rot-roten Koalition II und die Fusion von Linkspartei und WASG im Zentrum, haben wir uns nun einem inhaltlichen Thema zugewendet, das für viele Berliner existenziell ist: Gute Arbeit in Berlin.

Dabei ging es um die Auseinandersetzung mit den Folgen zunehmender prekärer Beschäftigung, die die Mitte der Arbeitswelt erfasst hat und eine Folge der neoliberalen Umbauprozesse in unserer Gesellschaft ist.

Das Leben zigtausender Menschen wird davon geprägt - gerade in Berlin, wo der der „Flexibilisierung“ besonders ausgesetzte Dienstleistungssektor dominiert.

DIE LINKE. steckt damit zugleich ein wichtiges Terrain künftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ab. Bereits einmal, nämlich beim Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn, ist es uns gelungen, ein Thema auf die Agenda der



bundesdeutschen Politik zu setzen, das bis dahin ein Schattendasein fristete.

Prekäre Beschäftigung ist deshalb ein Thema, mit dem wir uns intensiver beschäftigen müssen. Denn wir spüren, was es bedeutet, wenn sich die menschlichen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung und der Ausgegrenzten in wachsendem Maße den ökonomischen Inter-

essen der Unternehmen in einem global organisierten Wettbewerb unterzuordnen haben.

Genauso brisant ist es, welche Auswirkungen es hat, wenn große Städte wie Berlin sich an den Bedingungen des globalen Wettbewerbs ausrichten.

Berlin ist keine „Insel der Glückseligen“, vor deren Toren der neoliberale Umbau halt macht. Die für uns Linke entscheidende Frage lautet: Welche Interessen werden sich in der Entwicklung Berlins durchsetzen, wo und in wessen Interesse greifen wir ein?

Dass um Interessen gekämpft wird, hat nicht zuletzt der Volksentscheid über den Flugbetrieb in Tempelhof gezeigt. Auch hier ging es darum, ob dieses Areal den privaten Interessen einiger Weniger dienen soll oder ob es im Interesse der gesamten Berliner Bevölkerung genutzt werden kann.

DIE LINKE. Berlin hat sich in diese Auseinandersetzungen eingebracht. Sie wird es mit aller Kraft in Zukunft tun.

Klaus Lederer
Landesvorsitzender
DIE LINKE. Berlin

Politik und Party



Zum 1. Mai hatte DIE LINKE. Pankow, wie in den Jahren zuvor, zum Fest an der Böttzow-Eiche eingeladen.

Bei strahlendem Sonnenschein kamen viele Interessierte, vor allem junge Leute und Familien mit

kleinen Kindern. An zahlreichen Ständen gab es Möglichkeiten für Informationen und Gespräche; Bratwurst und Bier sowie Kaffee und Kuchen aus der Begegnungsstätte „Am Friedrichshain“ sorgten für das leibliche Wohl.

Die Bundestagsabgeordnete Petra Pau, Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner und viele Bezirks- und Landespolitiker der Linkspartei erläuterten aktuelle Positionen linker Politik.

Noch lebendiger und streitbarer wäre es sicher gewesen, wenn dem Publikum Möglichkeiten für Fragen und Meinungsäußerungen gegeben worden wären.

Deutlich wurde jedoch, dass sich in den inhaltlichen Positionen der LINKEN viele Forderungen der 1. Mai-DGB-Demonstranten wie-

der finden. Mutiger und entschlossener für eine gerechtere Welt zu streiten – dieser Gedanke war in manchem Gespräch an diesem Nachmittag spürbar.

Traditionell ist der 1. Mai ein Tag mit Geselligkeit und Unterhaltung. Ganz sicher hatten die Organisatoren für die Veranstaltung an der Böttzow-Eiche viel Mühen und Aufwand.

Und doch war gerade der kulturelle Teil nicht spritzig genug. Gewiss hätten sich auch die vielen kleinen Besucher mehr Aktionen und Spaß gewünscht.

Insgesamt hat das Fest am Friedrichshain bestimmt aber Lust und Anregung zum Nachdenken und hoffentlich Einmischen gegeben.

Renate Tepper

Parteileben

Ist die LINKE für Frauen attraktiv?

Vor genau 100 Jahren wurde das Politikverbot für Frauen in Deutschland aufgehoben.

Zwar mussten sie auf das aktive und passive Wahlrecht noch zehn Jahre warten. Aber mit dem Inkrafttreten des ersten Reichsvereinsgesetzes am 15. Mai 1908 durften Frauen Mitglied in einer Partei werden. Zeit für eine Bilanz:

Wie weiblich ist DIE LINKE? Im Vergleich mit den anderen Parteien hat die LINKE die Nase vorn.

39 Prozent der Parteimitglieder sind weiblich. Damit hat DIE LINKE nicht nur den höchsten Frauenanteil aller Bundestagsparteien – auch bei den Mandatsträgerinnen in den Parlamenten sind überdurchschnittlich viele Frauen vertreten. So gehören zur Bundestagsfraktion 26 weibliche und 27 männliche Abgeordnete. Im Berliner Abgeordnetenhaus gibt es 12 Frauen und 11 Männer unter den Mandatsträgerinnen. Nur 25 Prozent Frauenquote bei den Neueintritten:

Doch diese Zahlen malen ein trügerisches Bild. Besonders in den führenden Partei- oder Fraktionsgremien sind weniger Frauen vertreten und die Doppelspitze prägt das männliche Bild der Partei in den Medien.

In Zukunft könnte sich zudem die Zusammensetzung der Partei deutlich ändern: 2007 kam auf drei neu eingetretene Männer nur eine Frau.

Bemerkbar macht sich der geringere Zuspruch von Frauen für DIE LINKE auch bei Wahlergebnissen der letzten Landtagswahlen.

In Hessen hätte DIE LINKE es nur mit den Stimmen von Frauen nicht über die Fünf-Prozent-Hürde geschafft. Von ihnen stimmten nur vier Prozent für DIE LINKE. Bei Männern dagegen bekam sie mit sechs Prozent mehr Zuspruch.

Ähnliche Unterschiede zeigten sich auch bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen. Jung, weiblich sucht – keine Par-

tei? Parteien wurden allein von Männern entwickelt. In den letzten 100 Jahren konnten Frauen sich in erster Linie anpassen und ihr Recht auf gleiche Teilhabe beispielsweise mit Instrumenten wie der Quote durchsetzen. Damit DIE LINKE in Zukunft wieder attraktiver für Frauen wird, müssen sich endlich die männlich geprägten Strukturen ändern.

So sollte bei der Termingestaltung darauf geachtet werden, dass Menschen mit Familienverpflichtungen nicht automatisch ausgeschlossen werden.

Auch die Interessen und Bedürfnisse vieler Frauen, wie transparente Entscheidungsprozesse, flachere Hierarchien und eine andere Redekultur müssen stärker einbezogen werden.

Jutta Kühl
BO Luise

Referentin für feministische Politik in der Linksfraktion im Deutschen Bundestag



Vorgestellt: KPF

Die Kommunistische Plattform (KPF) konstituierte sich im Dezember 1989 und arbeitet seither kontinuierlich.

Wir kapseln uns nicht ab, sondern sehen als Kommunisten unsere Verpflichtung im aktiven Wirken in unserer Partei.

Wahlkampf zu führen, ist uns ebenso wenig fremd wie kommunalpolitisches Engagement oder das Wirken in verschiedenen Bewegungen. Monatlich erscheinen unsere „Mitteilungen“.

Mittlerweile zählt die KPF über 900 Mitglieder. Damit sind wir nach der AG Betrieb und Gewerkschaft, die über 1.000 Mitglieder hat, der zweitstärkste bundesweit anerkannte Zusammenschluss.

Unsere Handlungsschwerpunkte sind erstens, alles für die Stärkung der Antikriegsbewegung zu tun.

Zweitens, an allen Formen antifaschistischen Engagements teilzunehmen, die Solidarität mit Mig-

ranten eingeschlossen.

Drittens, Aufklärung zu betreiben, welche Mechanismen Kriege und Faschismus hervorbringen und warum der Sozialismus Spielräume des Imperialismus wesentlich eingedämmt hatte.

Letzteres bestimmt maßgeblich unser Verhältnis zur Geschichte.

Und viertens geht es uns um die Aufklärung des Zusammenhangs zwischen den zunehmend komplexen Expansions- und Repressionspraktiken des Imperialismus und der sozialen Frage.

Solange die LINKE in der Friedensfrage gegen den Zeitgeist und praktizierten Militarismus gleichermaßen steht, ist unser Platz in dieser Partei.

So sehr wir in vielen Fragen Differenzen zu deren Politik und Programmatik haben, es kann uns nicht gleichgültig sein, ob im Bundestag eine Partei sitzt, die gegen Kriegsabenteuer stimmt.

Die Beschlüsse des Münsteraner PDS-Parteitag von 2001 müssen die friedenspolitischen Grundsätze der LINKEN auch zukünftig prägen.

Thomas Fritsche



Glosse

Fettlebe

Es ist vollbracht. Der Deutsche Bundestag hat eine Rentenerhöhung beschlossen. schon vor längerer Zeit hatte meine Frau in vorfreudiger Laune entschieden, wir werden zur nächsten Rentenerhöhung die Korken knallen und die Puppen tanzen lassen, um den sensationellen Zuwachs unserer finanziellen Mittel gebührend zu begrüßen. Wirtschaftlicher Aufschwung mit Vollbeschäftigung (na ja, bald) und eine Inflationsrate von sechs Prozent seit der letzten Rentenerhöhung hatten unsere Erwartungen immens steigen lassen.

Der Korken des Rotkäppchen-Sektes war noch nicht von der zerschossenen Deckenlampe zurück, als wir glaubten, unseren Ohren nicht mehr trauen zu können.

Der Arbeitsminister, Herr Scholz von der SPD, verkündete im Bundestag eine Erhöhung der Bezüge um 1,1 Prozent und zugleich eine Erhöhung des Pflegebeitrages. Nun können Sektflaschen nicht wieder verschlossen werden. Folglich

tranken wir alles aus und verfassten Sekt-seelig einen Brief an die Regierung.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die großzügige Rentenerhöhung. Wir hatten schwere Jahre in unserem Leben erlebt. Die Kriegsjahre mit ihren Entbehrungen und Ängsten haben uns hart werden lassen. Die Nachkriegszeit verlangte große körperliche Anstrengungen bei der Aufbauarbeit. Aus dem Nachkriegsschutt haben wir geholfen, eine moderne und leistungsfähige Wirtschaft zu schaffen. All das war kein Opfer, sondern Bedürfnis.

Wir wollten ja einen zufriedenen und sicheren Lebensabend verbringen. Nun dies. 1,1 Prozent Rentenzuwachs, minus Erhöhung des Pflegebeitrages lässt einen Anstieg unserer Renten um 14,40 Euro (brutto) im Monat für zwei Rentner erwarten.

Es ist nicht viel, zeigt aber, dass die Politiker mit großem Verantwortungsbewusstsein an Deutschlands

Zukunft denken und der jungen Generation nicht noch größere Lasten aufbürden wollen. Wir bedanken uns ganz herzlich und verbleiben Mit den besten Grüßen

A. & K.

Der Kater am nächsten Morgen wurde nach dem Aufschlagen der Zeitung noch größer. Wurde doch angekündigt, dass die Preise für Lebensmittel, Energie und andere Waren noch enorm steigen werden. Na gut, sehen wir es positiv.

Die Deckenlampe hat uns schon lange nicht mehr gefallen und da die E-10-Verordnung gekippt wurde, bleiben ja vielleicht die Getreidepreise doch etwas stabiler als vorausgesagt und wir können uns - anstatt mit Sekt - nun mit billigem Korn den Lebensabend schöner trinken.

Allerdings müssen wir von der Rentenerhöhung zuerst eine neue Deckenlampe finanzieren und das möglichst vor der nächsten Preiserhöhung.

Klaus Flemming

WANNWOWASWANNWOWASWANN

21. Mai 19 Uhr
Stadtgespräch: „Rechtsradikalismus - eine gefühlte oder eine reale Bedrohung?“, Diskussion mit Marion Seelig, Abgeordnete und Annika Eckel, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Betroffenenvertretung, Käthe-Niederkirchner-Straße 12

22. Mai 16 – 17 Uhr
Sprechstunde von Stefan Liebich, Abgeordneter, Geschäftsstelle DIE LINKE. Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S- & U-Bhf. Schönhauser Allee

25. Mai 14 Uhr
antifaschistische Demonstration zum Gedenken an Dieter Eich, S-Bhf. Buch

27. Mai 19 Uhr
„Der Sozialstaat als Sozialfall“, Vortrag und Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Nešković (DIE LINKE.), Jüdisches Waisenhaus, Berliner Straße 120/121

28. Mai 17.30 Uhr
zunächst Senioren-BVV, dann Fortsetzung der 15. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV), Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

29. Mai 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE. Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S- & U-Bhf. Schönhauser Allee

02. Juni 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

07. Juni 13 – 18 Uhr
„Fete bei Käthe“, Kinderfest der Linken in Pankow auf dem Kollwitzplatz mit Zauberei, Musik, Schminken und vielen Spielen

09. Juni 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

11. Juni 17.30 Uhr
16. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV), Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

13 - 15. Juni
Fest der Linken in der Kulturbrauerei, Knaackstraße/Danziger Straße, Feiern Sie mit den Linken, es gibt Politik, Aktionen, Musik, Lesungen, viel Gastronomisches und viel Kinderprogramm

18. Juni 18 – 19 Uhr
Sprechstunde von Stefan Liebich, Abgeordneter, Brotfabrik, Caligariplatz 1 / Prenzlauer Promenade 3

19. Juni 17 - 18 Uhr
Sprechstunde von Marion Seelig, Abgeordnete, Geschäftsstelle DIE LINKE. Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S- & U-Bhf. Schönhauser Allee

18 Uhr
Basistag von DIE LINKE. Pankow, Thema: Ein neues Programm für DIE LINKE., zu Gast: Heinz Vietze, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied der Programmkommission, Geschäftsstelle DIE LINKE. Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S- & U-Bhf. Schönhauser Allee

20 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE. Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S- & U-Bhf. Schönhauser Allee

23. Juni 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. Mai 2008
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 20. Juni 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.